

Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Sarah Vollath, Pascal Meiser, Katalin Gennburg,
Dr. Gregor Gysi, Ferat Koçak, Stella Merendino, Ines Schwerdtner und der
Fraktion Die Linke**

Altersarmut und Alterssicherung in Berlin

Die Zahl der Armutsbetroffenen in Deutschland bleibt weiterhin auf einem besorgniserregend hohen Stand. Laut dem Paritätischen Armutsbericht stieg sie im Jahr 2025 auf über 13,3 Millionen Menschen. Personen über 65 Jahre sind demnach überdurchschnittlich oft von Armut betroffen. Der Bericht beziffert die Armutsquote von Frauen ab 65 Jahren auf ganze 21,3 Prozent, während sie bei Männern bei 17,3 Prozent liegt. Demnach ist durchschnittlich etwa jede fünfte Person ab 65 Jahren von Altersarmut betroffen.

Gründe für die besonders hohe Altersarmut bei Frauen sind unter anderem geringere Erwerbseinkommen, die im Alter zu geringeren Rentenansprüchen führen. Im 9. Altersbericht kommt die Bundesregierung selbst zur Erkenntnis, dass die erheblichen Unterschiede beim Alterseinkommen zwischen Männern und Frauen „das Resultat einer oftmals noch traditionellen geschlechterspezifischen Aufteilung der Erwerbs- und Sorgearbeit in der BRD“ sind (Bundestagsdrucksache 20/14450, S. 59). So machen sich Unterbrechungen des Erwerbslebens und eine höhere Teilzeitquote bei Frauen, die die Betreuung von Kindern übernehmen, im Alter insbesondere in Westdeutschland bemerkbar. Mit zunehmender Kinderanzahl sinken die Renten bei Frauen im Westen laut Auskunft des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (Bundestagsdrucksache 21/3685, Frage Nr. 77) sogar.

Maßnahmen wie eine weitere Schwächung der Gesetzlichen Rente zugunsten der privaten Vorsorge oder Kürzungen im Bundeshaushalt bei Rente und Wohngeld könnten die Situation aus Sicht der Fragestellenden bald noch weiter verschärfen. Auch die Vorschläge der Rentenkommission, etwa eine Kopplung der Regelaltersgrenze an die Lebenserwartung oder die Abschaffung der Rente für besonders langjährig Versicherte, können zu noch niedrigeren Renten und damit einem weiteren Anstieg der Altersarmut führen.

Die zunehmende Schwächung der Gesetzlichen Rente würde Menschen in Ostdeutschland besonders hart treffen: Der Anteil der GRV-Leistungen an allen Einkommen der über 65-Jährigen lag hier laut Alterssicherungsbericht 2024 bei 79 Prozent (Alterssicherungsbericht 2024, Tabelle BC.1). Rund drei Viertel der Rentnerinnen und Rentner in Ostdeutschland erhalten ausschließlich aus der Gesetzlichen Rentenversicherung (eigene oder abgeleitete GRV) Alterssicherungsleistungen (ebd., Tabelle B.4.7).

Insgesamt hat die Bundesregierung aus Sicht der Fragestellenden bisher keine konkreten Maßnahmen zur Bekämpfung der Altersarmut in Deutschland vorgelegt. Zu diesem Urteil kommt auch der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband in seinem Armutsbericht (Paritätischer Armutsbericht 2026, S. 4).

Mit der nachfolgenden Kleinen Anfrage soll ein umfangreiches Bild über die aktuellen Daten zur Altersarmut und der Alterssicherung in Berlin und Deutschland geschaffen werden. Um vollständige Beantwortung der Fragen ohne Verweis auf andere Drucksachen wird gebeten.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren das Verhältnis der Pflichtversicherten der gesetzlichen Rentenversicherung zu Rentnerinnen und Rentnern in Berlin und Deutschland (Ost/West) entwickelt (bitte auch in absoluten Zahlen)?
2. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren die Zahl der geringfügig Beschäftigten mit sowie befreit von einer Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung in Berlin und Deutschland (Ost/West) entwickelt?
3. Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung die durchschnittlichen Zahlungsbeträge der Renten wegen Alters, wegen Erwerbsminderung und wegen Todes in Berlin und Deutschland (Ost/West) im Rentenbestand und im Rentenzugang in den Jahren 2015 und 2025 (bitte nach Männern und Frauen aufschlüsseln)?
4. Wie viele Rentnerinnen und Rentner in Berlin und Deutschland (Ost/West) haben mindestens 40 und wie viele Rentnerinnen und Rentner haben mindestens 45 Versicherungsjahre erreicht und erhalten eine Nettorente (Zahlungsbetrag) von unter 1 446 Euro und über 1 446 Euro (bitte nach Geschlecht aufschlüsseln)?
5. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren der Anteil der Erwerbsminderungsrenten mit Abschlägen an allen Erwerbsminderungsrenten sowie die durchschnittliche Höhe der Abschläge in Berlin und Deutschland (Ost/West) entwickelt (bitte jeweils in absoluten Zahlen sowie prozentual angeben und nach Geschlecht aufschlüsseln)?
6. Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren die Anzahl der Rentnerinnen und Rentner in Berlin und Deutschland (Ost/West) sowie deren durchschnittlicher Gesamtrentenzahlungsbetrag (bitte getrennt für Einzel- und Mehrfachrentnerinnen und Einzel- und Mehrfachrentnern angeben sowie nach Geschlecht aufschlüsseln)?
7. Wie viele Menschen ab dem Alter von 65 Jahren beziehen nach Kenntnis der Bundesregierung in Berlin und Deutschland (Ost/West) ausschließlich (eigene oder abgeleitete) Alterssicherungsleistungen der gesetzlichen Rentenversicherung, und wie hoch ist deren Anteil an der entsprechenden Bevölkerungsgruppe (bitte nach Geschlecht aufschlüsseln)?
8. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der Grundsicherungsfälle im Alter und bei Erwerbsminderung in Berlin und Deutschland (Ost/West) in den letzten zehn Jahren entwickelt (bitte nach Geschlecht aufschlüsseln und jeweils als absolute Zahl und im Verhältnis zur jeweiligen Bevölkerungsgruppe angeben)?
9. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der Grundsicherungsfälle in Berlin und Deutschland (Ost/West) im Alter und bei Erwerbsminderung mit Rentenbezug sowie deren Anteil an den jeweiligen Rentenempfängerinnen und Rentenempfängern (Alter bzw. Erwerbsminderung) in den vergangenen zehn Jahren entwickelt (bitte nach Geschlecht sowie nach neuen und alten Bundesländern aufschlüsseln)?

10. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten zehn Jahren die Zahl der Personen, die Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung ab der Regelaltersgrenze (bzw. ab 65 Jahren) bezogen haben, in Berlin und Deutschland (Ost/West) entwickelt (bitte nach Geschlecht aufschlüsseln sowie in absoluten Zahlen und im Verhältnis zu allen Menschen ab 65 Jahren angeben)?
11. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren die Zahl der Menschen ab 65 Jahren in Berlin und Deutschland (Ost/West) entwickelt, die Wohngeld bezogen haben (bitte nach Geschlecht aufschlüsseln und in absoluten Zahlen und relativ an allen Menschen ab 65 Jahren angeben)?
12. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren die Armutsgefährdungsquote der Gesamtbevölkerung, der Bevölkerung ab 65 Jahren und der Rentnerinnen und Rentner in Berlin und Deutschland (Ost/West) entwickelt (bitte gesamt sowie nach Geschlecht aufschlüsseln)?
13. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren die Armutsgefährdungsschwelle in Berlin und Deutschland (Ost/West) entwickelt?
14. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der Riester-Sparerinnen und -Sparer insgesamt und derjenigen, die ihren individuellen Zulagenanspruch vollständig realisieren, in Berlin und Deutschland (Ost/West) (bitte nach Geschlecht aufschlüsseln)?
15. Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2025 der Anteil der Menschen in Berlin und Deutschland (Ost/West), die Leistungen aus allen drei Schichten der Alterssicherungssysteme (gesetzliche Rente, betriebliche Altersvorsorge und private Altersvorsorge) beziehen und wie hoch ist der durchschnittliche jeweilige Anteil der Alterssicherungseinkünfte am gesamten Alterseinkommen und wie hoch ist die jeweilige Verbreitung der jeweiligen Alterssicherungseinkünfte getrennt (bitte jeweils nach Geschlecht aufschlüsseln)?
16. Wie viele Menschen in der Altersgruppe von 20 bis 65 und von 60 bis 65 Jahren (gesamt und nach Einzeljahren) gingen nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren in Berlin und Deutschland (Ost/West) einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach (bitte getrennt für Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung angeben sowie nach Geschlecht aufschlüsseln) und wie groß ist deren Anteil an allen Menschen der jeweiligen Altersgruppe?
17. Wie viele Menschen in der Altersgruppe 60 bis 65 Jahre gingen nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren in Berlin und Deutschland (Ost/West) ausschließlich einer geringfügigen Beschäftigung nach, und wie groß ist deren Anteil an allen Menschen dieser Altersgruppe (bitte nach Geschlecht aufschlüsseln)?
18. Wie viele Menschen ab 65 Jahren bzw. ab der Regelaltersgrenze gingen nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren in Berlin und Deutschland (Ost/West) ausschließlich einer geringfügigen Beschäftigung nach und wie groß ist deren Anteil an allen Menschen dieser Altersgruppe (bitte nach Geschlecht aufschlüsseln)?

19. Sieht die Bundesregierung ein besonders hohes Armutsgefährdungsrisiko in Berlin und falls ja, mit welchen Maßnahmen wird die Bundesregierung die Altersarmut in Berlin reduzieren?

Berlin, den 9. Juli 2026

Heidi Reichinnek, Sören Pellmann und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.